

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Eilzuständigkeit von Beamten der Zollverwaltung im Land Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz

zur Änderung des Allgemeinen Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz ASOG Bln)

Vom . . .

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Das Allgemeine Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz- ASOG Bln) in der Fassung vom 11. Oktober 2006 (GVBl. S. 930), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. September 2011 (GVBl. S. 482), wird wie folgt geändert:

§ 8 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Werden Polizeidienstkräfte eines anderen Landes, des Bundes sowie Beamte der Zollverwaltung nach Absatz 1 tätig, haben sie die gleichen Befugnisse wie die Polizeidienstkräfte des Landes Berlin.“

Artikel II

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Begründung:

Die vom Bund Deutscher Zollbeamter (BDZ) seit Jahren geforderte bundesweite Eilzuständigkeit für Beamte der Zollverwaltung in den Ländern ist Anfang 2010 am Widerstand der Mehrzahl der Bundesländer vorerst gescheitert. Die Rechtslage in den einzelnen Ländern stellt sich bislang noch sehr unterschiedlich dar.

Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen haben diese Kompetenz bereits in ihren Polizeigesetzen verankert. In Schleswig-Holstein ergibt sich eine solche Befugnis für Zollbeamte bereits aus dem geltenden Landesrecht. In Brandenburg hat die Fraktion Die Linke zusammen mit der SPD-Fraktion bereits einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes (Drucksache 5/5042) eingebracht, mit dem den Beamten der Zollverwaltung dieselben Rechte eingeräumt werden sollen wie den Polizeibeamten der anderen Länder und des Bundes.

In der bis dato gültigen Fassung des § 8 Abs. 2 ASOG werden allgemeinpolizeiliche Eilbefugnisse bislang nur auf Polizeidienstkräfte eines anderen Landes oder des Bundes übertragen. Zollbeamten hingegen ist eine solche Zuständigkeit nicht eingeräumt. Sie dürfen daher keine unaufschiebbaren Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen erheblichen Gefahr oder Verfolgung von Straftaten treffen.

Vielmehr müssen sie die nächste Polizeidienststelle informieren und auf das Eintreffen der zuständigen Polizeibeamten warten. Die fehlende allgemeinpolizeiliche Eilbefugnis ist besonders dann problematisch, wenn Polizeibeamte z.B. einen flüchtigen Straftäter entdecken. Da ihnen selbst kein polizeiliches Festnahmerecht zur Seite steht, können sie lediglich auf das sogenannte „Jedermannsrecht“ nach § 127 Abs. 1 S. 1 Strafprozessordnung (StPO) zurückgreifen. Nach dieser Vorschrift ist jedermann befugt, eine andere Person auch ohne richterliche Anordnung festzuhalten, wenn diese auf frischer Tat betroffen oder verfolgt, sie der Flucht verdächtig ist oder ihre Identität nicht sofort festgestellt werden kann.

Damit stehen den Beamten der Zollverwaltungen aber nicht die Handlungsoptionen zur Verfügung, die sie zur effektiven Aufgabenbewältigung benötigen. Das gilt umso mehr, als sich die Aufgaben des Zolls zunehmend von den Grenzen in das Landesinnere verschieben. Hierdurch entstehen Situationen, in denen Zollbeamte außerhalb ihrer originären Zuständigkeit Maßnahmen zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung treffen müssen.

Bei dieser Sachlage ist es deshalb erforderlich, Rechtsklarheit – auch im Interesse der betroffenen Zollbeamten – zu schaffen und die Rechtslage nach dem Vorbild der Länder Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg zu ändern.

Lauer Delius
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion